

nung, der im allgemeinen Folge geleistet worden ist. Die bayerische Regierung hat jede Feier am 9. November verboten.

In dem neuen Freistaat Thüringen war es seit den Neuwahlen noch nicht gelungen, eine Regierung zu bilden. Sozialisten und Rechtsparteien hielten sich die Waage, an der das schwache Häuflein der Demokraten das Zünglein bildete. Diese wollten nun einerseits nicht an einer rein bürgerlichen Regierung teilnehmen, andererseits aber auch nicht mit den Unabhängigen im Kabinett zusammenhängen. Nunmehr wird als letzter Ausweg der Gedanke einer Minderheitsregierung aus Beamten, Demokraten und Sozialdemokraten ernsthaft erörtert.

Das Zentrum ist für die Zertrümmerung Preußens. Der Zentrumsabgeordnete Professor Dr. Lauscher hat bei Beratung der preußischen Verfassung klipp und klar erklärt, daß das Zentrum auf die dauernde Aufrechterhaltung Preußens keinen Wert lege.

Die Verhandlungen im Berliner Elektrizitätsarbeiterstreik lassen auf ein baldiges Ende schließen. Die Streikenden haben dem Gesamtbetriebsrat der Berliner Gemeindearbeiter die Streikleitung übertragen. Diese stellte in einer Nachversammlung das Ergebnis der Abstimmung der Gemeindearbeiter und Angestellten fest. Hiernach hatten von 40.000 Stimmberechtigten 12.699 für und 14.289 gegen den Schiedsbruch gestimmt, die für den Streik erforderliche Zweidrittelmehrheit ist also nicht erreicht. Daraufhin hat der Gesamtbetriebsrat sich zwar für Wiederaufnahme der Arbeit in allen Betrieben erklärt, den Schiedspruch aber abgelehrt und neue Verhandlungen gefordert. Es ist also zu erwarten, daß ab Mittwoch das Wirtschaftsleben Groß-Berlins seinen geordneten Gang geht.

Wie die Düsseldorf-Stadtverwaltung mitteilt, hat nach Aufhebung der Fleischrationierung eine derartige Massen-schlachtung von Vieh aller Art eingesetzt, daß die Viehhändler rasch abgenommen haben. Infolgedessen wird neuerdings innerhalb der Regierung die Wiedereinführung der Zwangsbewirtschaftung von Fleisch erwogen. Von anderer Seite wird dies bestritten.

Der Senior des Hauses Wittelsbach, Herzog Ludwig in Bayern, ist im Alter von 90 Jahren in München gestorben.

Der Hauptausschuß des Reichstages beriet Montag über den Haushaltsplan für die Ausführung des Friedensvertrages. Hierbei wies Abg. Schulz Bromberg (Dnt.) darauf hin, daß nicht nur in Elsaß-Lothringen, sondern auch im Osten die Verdrängten und Flüchtlinge riesige Kursverluste zu tragen hätten und sagte, ob diese Lasten ausschließlich Preußen übernehmen soll. Dr. Fleischer (Ztr.) machte darauf aufmerksam, daß zwar 170 Millionen für Elsaß-Lothringen ausgeworfen seien, daß aber für den Osten ein besonderer Etatartikel gar nicht erscheine. Es müsse endlich Klarheit darüber geschaffen werden, ob auch wirklich die Mittel, die für den Osten gebraucht werden, vorhanden sind. Entweder müsse auch die Unterstützung für den Osten etatisiert werden, oder der Titel für Elsaß-Lothringen müsse fallen und beide Teile müßten aus dem großen Milliardenfonds befriedigt werden. Später betonte er hierzu, daß die Mittel alsbald aus dem 25 Milliardenfonds zur Verfügung gestellt werden müßten. Außerdem müsse für Kulturzwecke ein besonderer Fonds bereitgestellt werden. Dr. Mumm (Dnt.) beschwerte sich vor allem darüber, daß die Unterstützungen beißlich zu langsam gezahlt würden. Staatssekretär Dr. Dewald äußerte Bedenken gegen die Veränderung. Darauf wurde

der Antrag Mumm und Schulz Bromberg auf Unterstützungen für Beamte der Ostmark abgelehnt.

Der Hauptvorstand des Deutschen Ostmarkenvereins hat in der Frage der Autonomie Oberschlesiens nachstehende Entschliebung gefaßt: „Die Reichsregierung beabsichtigt, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der der Provinz Oberschlesien die Möglichkeit gibt, die bundesstaatliche Autonomie im Rahmen des Reiches zu erwerben. Die Entscheidung soll in die Hände des ober-schlesischen Volkes gelegt werden. Wir halten es für unsere Pflicht, die ober-schlesische Bevölkerung jetzt vor der Anwendung dieses Gesetzes zu warnen, deren Folgen unüberschaubar wären. Jede Lockerung Oberschlesiens von Preußen würde automatisch das Land dem Deutschen Reich entfremden und der Polonisierung zuführen. Die bundesstaatliche Autonomie würde allen Reichsfeinden die Möglichkeit geben, das Land weiterhin nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Milliardenwerte würden dadurch dauernd in Gefahr stehen. Oberschlesien ist mit Preußen, dem es seine ganze Entwicklung verdankt, auf das engste verwachsen und eine Trennung ohne die Gefahr schwerer wirtschaftlicher Schädigungen nicht durchführbar. Die Jahrtausende alte deutsche Kultur des Landes würde in ihrer Erhaltung und Weiterentwicklung in Frage gestellt werden. Das von den Polen gegebene Autonomieversprechen für den Fall der Vereinigung Oberschlesiens mit Polen kann nicht ernst genommen werden. Wir halten das dem Deutschen Reichstag angekündigte Autonomiegesetz für einen Scherz, der sich an Oberschlesien bitter rächen würde. Man zerschneidet dort keine Fäden, wo man enger knüpfen sollte.“

In Hauptausschüsse des Reichstages berichtete gestern Mittwoch Dr. Hermes über seine Ernährungspolitik. Er gab eine Uebersicht über den Stand der Getreideversorgung, die Brotversorgung sei bis Mitte März gewährleistet. Für die Schweinezucht solle billiger Mais abgegeben werden, wofür dann billige Schweine abgeliefert werden müßten. Zur Beschaffung von Düngemitteln müsse eine stärkere Heranziehung des Handels ins Auge gefaßt werden. Um den in Preis im Inlande zu regulieren, müsse ein Ausfuhrmonopol für das Reich geschaffen werden.

Aus Zentrumskreisen werden die Gerüchte bestätigt, daß die Zentrumsfraktion ein politisches Auftreten Erzbergers im Reichstage unter allen Umständen verhindern werde, nachdem Erzberger es abgelehnt habe, bis zur Klärung seiner Steueraffären sein Mandat niederzulegen. Erzberger hat sich jedoch in der Fraktion so unbeliebt gemacht, daß sein gesellschaftlicher Ausschluß in Erwägung gezogen worden sei. Vorläufig sei erreicht, daß Erzberger politisch kaum hervortreten werde.

Wegen des Streiks der Elektrizitätsarbeiter mußten die Berliner Zeitungen teilweise außerhalb Berlins gedruckt werden.

Am Sonntagabend starb plötzlich in Berlin der bekannte politische Schriftsteller Max Lohman. Er war ein genauer Kenner und Verehrer der Bismarckschen Politik.

Der Streik der ober-schlesischen Elektrizitätswerke in Chorzow dauerte auch Montag noch an, während in Zabrze die Technische Nothilfe sich so eingearbeitet hatte, daß das dortige Werk in der Stadt in vollem Umfange in Betrieb war. Montag fand in Kattowitz eine bis tief in die Nachmittagsstunden hinein dauernde Sitzung sämtlicher Betriebsräte Oberschlesiens statt. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß um 6 Uhr die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Die Errichtung des Freistaates Danzig scheint jetzt unmittelbar bevorzustehen. Der Vertreter des Oberkommissars, Oberst Strutt, in Danzig hat ein Telegramm von der Botschafterkonferenz erhalten, in dem mitgeteilt wird, daß die Verfassung der Freien Stadt Danzig am 15. November in Kraft treten wird, daß jedoch die gegenwärtige alliierte Verwaltung bestehen bleibt, bis weitere Instruktionen von der Botschafterkonferenz eintreffen. Gleichzeitig ist er von der Botschafterkonferenz ersucht worden, alle Beteiligten aufzuwachen, aus diesem Anlaß keine übermäßigen oder herausfordernden Demonstrationen zu veranstalten. Der Vertreter des Oberkommissars hat die Verfassungsgebende Versammlung zwecks Verkündung der Freien Stadt für den 15. November einberufen. Demnach ist man bei den Pariser Verhandlungen zu einer Einigung gekommen.

Frankreich.
Der französische Botschafter in London, Paul Cambon, ist von seinem Posten zurückgetreten.

Die Botschafterkonferenz hat auf französische Forderung hin beschlossen, die Vernichtung der Dieselmotoren nicht zu verlangen.

Durch die Reise des spanischen Königs nach Paris wird die Freundschaft zwischen beiden Ländern enger geknüpft. Zwischen dem König, Millerand, dem Ministerpräsidenten und Marschall Foch fand eine Konferenz statt, in der die Frage eines französisch-spanischen Militär und Wirtschaftsbandnisses erörtert wurde.

Italien.
Bei den Gemeindevahlen erlitten die Sozialisten eine Niederlage. In Mailand und Turin, wo die Sozialisten siegen, beträgt ihre Mehrheit nur einige hundert Stimmen. In den anderen Großstädten ist ihre Niederlage vollständig.

Portugal.
Der deutsche Gesandte Dr. Borekch hat dem Präsidenten der Republik sein Beglaubigungsschreiben überreicht, der neuernannte Gesandte für Deutschland, Lambertini Pinto, ist nach Berlin abgereist.

England.
Gardiner veröffentlicht in den „Daily News“ einen offenen Brief an Poincaré. Er rechnet mit der französischen Politik ab, die die politische und wirtschaftliche Beherrschung Deutschlands verfolgt. Poincaré hätte geschickt und klug gearbeitet, aber seine Politik sei verhängnisvoll und kurzfristig. Deutschland würde der Duesen seiner wirtschaftlichen Kraft beraubt. Die französischen Militäragenten arbeiteten in Oberschlesien für Polen. Frankreich gäbe offen zu, daß es das Ruhrgebiet besetzen und eine sabbende Konsolidation unter französischem Protektorat errichten wolle. Das deutsche Defizit würde gestärkt. Der Kontinent sei mit französischen militärischen Allianzen und Militäraktionen überfüllt. Polen würde zu einem wahnwitzigen Imperialismus getrieben. Friedensverhandlungen mit Rußland seien durch Frankreichs Vorgehen unmöglich. Die Waffenfabriken von Skoda ständen unter französischer Kontrolle. Ungarn mit einem Heer von 350.000 Mann sei nichts weiter als ein französischer Vorposten. Frankreich habe sich geweigert, seinen Vertreter mit Belgien beim Völkerverbund einzutragen zu lassen. Sein Ziel sei die Deffnung der Schelde. Antwerpen solle eine mächtige Flottenbasis werden, deren Kanäle auf das Haupt Englands gerichtet sei. Poincarés Politik führe zum unvermeidlichen Bruch mit Groß-Britannien und Italien. Deutsche und Slawen würden sich verbünden. Europa ginge der allgemeinen Anarchie und Auflösung entgegen. So könnten die

Auf der Hochzeitsreise.

Humoristische Novelle von Rudolf Zollinger.

4)

(Fortsetzung)

„O mein Herr, ich begreife nicht, wie Sie es für möglich halten konnten, daß dies mein Fritz sei.“

Sie lachten von dem einen Ende des Zuges bis zum anderen, sie schauten in jeden Abteil und mußten sich endlich mit der traurigen Gewißheit abfinden, daß Fritz Huber nicht unter den Insassen sei. Frau Elli war trostlos; aber Herr Ignatius Moser tat das menhemögliche, ihren sinkenden Mut neu zu beleben. Er geleitete sie bis an die Tür des Telegraphenbureaus und drückte ihr dort ein Fünfmarsstück in die Hand.

„Ich kann nicht mit hineingehen, weil ich mich beileben muß, meine geschäftlichen Besuche zu absolvieren. Aber Sie werden ja auch am besten selbst wissen, was Sie Ihrem Herrn Gemahl zu depeeschieren haben. Zu Ihrer Beruhigung können Sie ihn ja ersuchen, Ihnen den Empfang des Telegramms hierher auf drahtlichem Wege bahnhofslagernd zu bestätigen. Wenn Sie noch vor unserer Rückfahrt diese eine Bestätigung in den Händen haben, sind Sie wenigstens sicher, ihn bei der Ankunft in Rotensfels vorzufinden.“

Frau Elli tat, wie er ihr geraten hatte, und nachdem sie fünf Telegrammformulare vollgeschrieben und wieder zerrissen hatte, weil die geliehenen fünf Mark bei weitem nicht ausgereicht haben würden, die umfangreiche Depesche zu bezahlen, fand sie für ihre Mitteilung endlich eine Form, die ihr bei aller gebotenen Kürze als ein halbwegs angemessener Ausdruck ihrer Empfindungen erschien. Nachdem ihr der Beamte noch hoch und heilig hatte versprochen müssen, das Telegramm sofort und mit größter Sorgfalt zu expedieren, begab sie sich schweren Herzens in den Wartesaal, um dort, wie es verabredet war, die Rückkehr des Herrn Moser und die Abfahrt ihres Zuges zu erwarten. Die Fahrkarten-Angelegenheit hatte der hilfreiche Herr Ignatius schon vorher mit dem diensttuenden Bahnhofsbeamten geordnet, und Elli war fest entschlossen, dem edlen Menschenfreunde für seinen uneigennütigen Beistand unauslöschliche Dankbarkeit zu bewahren.

Der Stations-Assistent Franz Huber auf dem Bahnhofe zu Rotensfels saß eben gemütlich bei seinem Nachmittags-Kaffee und freute sich der vor ihm liegenden einstündigen Ruhepause. Denn vor fünf Minuten hatte er das Zeichen zur Abfahrt des Schnellzuges nach München gegeben, und er lächelte bei der Erinnerung an einen sehr aufgeregten jungen Herrn, der wiederholt mit der Uhr in der Hand zu ihm getreten war, um ihn darauf aufmerksam zu machen, daß die fahrplanmäßige Abfahrtszeit bereits überschritten sei.

„Der muß es wirklich verdammt eilig gehabt haben,“ dachte er. „Entweder war es ein Verliebter oder ein flüchtiger Desraudant. In meinem ganzen Leben ist mir noch kein so närrisch ungeduldiger Mensch zu Gesicht gekommen.“

In diesem Augenblick wurde die Tür des Stationsbureaus geöffnet, und der Posthilfsbote Grapengießer steckte den Kopf herein.

„Erwarten Sie vielleicht ein Telegramm, Herr Huber?“ fragte er. Und mit begreiflichem Interesse blickte der Stations-Assistent auf.

„Ein Telegramm? Ist denn eines für mich eingelaufen?“

„Ich weiß eben nicht, ob es für Sie ist. Die Adresse lautet: „Herrn Huber. Zurzeit Rotensfels, Bahnhof.“ Und der Sekretär meinte, dem Inhalt nach könnte es schon für Sie sein. Wenn es für Sie ist, ist es nämlich von Ihrer Frau.“

Der Stations-Assistent hätte um ein Haar die halb zum Munde erhobene Kaffeetasse fallen lassen, so erschrocken war er.

„Bon — meiner — Frau? Um des Himmels willen, was könnte sie mir zu telegraphieren haben? Sie wird sich doch nicht am Ende gar schon wieder mit mir ausfühnen wollen?“

Der Posthilfsbote Grapengießer machte ihm ver-schmitztes Gesicht.

„Es könnte schon sein, daß es sich um etwas derartiges handelt. Fragt sich eben nur, ob Sie das Telegramm annehmen wollen, Herr Huber! Im anderen Falle müßte es als unbestellbar behandelt werden, denn ein anderer Huber ist auf dem Bahnhof Rotensfels nicht bekannt.“

„Geben Sie her!“ sagte der Stations-Assistent mit

matter Stimme. Und dann, nachdem er das blaue Papierstück gelöst und die Depesche überflogen hatte, fügte er noch matter hinzu: „Es hat schon seine Richtigkeit: der Adressat bin ich. Und wenn zu meiner Rettung nicht noch ein Wunder geschieht, habe ich meine Frau noch heute wieder auf dem Halbe.“

Mit einem Ausbruch mittelidiger Teilnahme auf dem Gesicht trat Herr Grapengießer näher.

„Wie ich Ihre Frau Gemahlin kennen gelernt habe, wäre das allerdings ein großes Unglück. Aber sollte es denn wirklich gar nicht mehr abzuwenden sein?“

„Schweichel! Hören Sie nur, was sie telegraphiert! „Bin untröstlich über unsere Trennung. Sehne in heller Verzweiflung die Wiedervereinigung herbei. Komme mit nächstem Zug nach Rotensfels und hoffe, dich auf Bahnsteig zu umarmen.“ — Stellen Sie sich das vor, Grapengießer: auf dem Bahnsteig will sie mich umarmen — vor den Augen des ganzen Bahnhofspersonals, von denen doch jeder einzelne weiß, daß sie mir vor drei Monaten in treuloser Weise durchgegangen ist! Es wäre eine Blamage, unter der ich bis an mein Lebensende zu leiden hätte.“

„Ja, das wäre es freilich,“ stimmte Grapengießer zu. „Aber steht denn nicht noch mehr in der Depesche?“

„Weiter nichts als: „Erwarte zu meiner Beruhigung sofortige Drahtantwort bahnhofslagernd Neustadt. Dein unglückliches Weib.““

„Na, dann haben Sie doch noch Zeit, ihr abzuwinken. Der Zug, mit dem sie kommen könnte, wird von Neustadt erst in anderthalb Stunden abgelassen. Ihr Antwort-Telegramm würde also sicher noch rechtzeitig in ihren Besitz gelangen. Sie müssen es aber ein bißchen energisch abfassen, damit es auch seine Wirkung tut.“

Der Stations-Assistent war aufgesprungen.

„Ja, das will ich. Und an Deutlichkeit soll meine Antwort wahrhaftig nichts zu wünschen übriglassen. Lieber das Schlimmste als ein solches Wiedersehen, nachdem ich eben erst angefangen hatte, meiner goldenen Freiheit froh zu werden.“

Und er ging an den Schreibtisch, um mit fliegender Feder die Depesche abzufassen, die der gefällige Posthilfsbote dann sogleich zur Beforgung mitnahm.

(Fortsetzung folgt.)